

# Wenn ich für vier Jahr die alleinige Staatsmacht hätte!

Dann.....

würde die Grundvoraussetzung für einen sozial ausgerichteten Staat wieder hergestellt werden.

„Der Staat ist eine Sozialgemeinschaft“ und **Jeder** trägt nach seinen Möglichkeiten dazu bei.

Das Grundgesetz würde ergänzt und modifiziert. Es würde vom Grundgesetz zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland erhoben.

## Änderung:

I.

### Die Glaubensfreiheit ist von Geburt an gewahrt.

Taufen, oder Beeinflussung von Kindern bis 14 Jahre zu einer bestimmten Glaubensrichtung wird unter Strafe von mindestens 1 Jahren oder einer Geldstrafe von mindestens 1 Million Euro gestellt. Die Bußgelder sind sozialen oder kulturellen, gemeinnützigen Vereinen zu zusprechen. Glaubensbedingte Vereine sind auszuschließen. Anzeige kann von Behörden, Betroffenen und Familienmitglieder erhoben werden. Die Verjährungsfrist beträgt 20Jahre.

Bestehende Zugehörigkeit bei Personen über 16 Jahre zu einer Glaubensgemeinschaften sind nicht betroffen.

#### Begründung

Da nach unserer Verfassung (Artikel 4) die Glaubensfreiheit verankert ist wird durch die Taufe, Kindern die freie Entscheidung genommen. Im späteren Leben wird auf die Kindern durch die gesellschaftliche Umgebung soviel Druck ausgeübt, dass nur starke Menschen Dieses standhalten. Die seelische Gehirnwäsche ist da nur schwer wieder zu beheben.

II.

### Die Glaubensvereinigungen erhalten den Stand der Gemeinnützigkeit e.V

Der Vereinsstatus. der Gemeinnützigkeit ist nachzuweisen.

Zuschüsse zu anerkannten Gemeinnützigkeit wird gemäß einer Prüfung, ob die Gemeinnützigkeit für die staatliche Gemeinschaft ein Nutzen hat und ob ein Bedarf an Zuschüssen besteht, gewährt. Immobilien der Glaubensgemeinschaft sind von Zuschüssen ausgeschlossen. Spenden, die zum Erhalt der Immobilien gestiftet werden sind steuerlich nicht absetzbar. Spenden die steuerlich abgesetzt werden sollen, müssen zweckgebunden sein. Eine Prüfung ob diese Spenden für die Allgemeinheit einen Nutzen haben ist Voraussetzung für eine steuerliche Ermäßigung.

Eine Beitragserhebung zu jeglichen Vereinen durch Institutionen des Staates wird untersagt.

#### Begründung

Die Glaubensfreiheit begründet nicht, dass Religionen sich durch einen Sonderstatus aus der gemeinschaftlichen staatlichen Ordnung ausschließen können. ZB. Tarifordnung, Gleichheit von Mann und Frau (Artikel 3) etc.

Alle Verträge mit Religionsgemeinschaften zwischen Staat und Kirche werden ohne Ausgleichszahlungen aufgehoben.

#### Begründung

Es ist nach Artikel des GG nicht erlaubt, bestimmte Glaubensgemeinschaften zu bevorteilen. z.B

- Mitgliedsbeiträge von Glaubensgemeinschaften einzuziehen.
- Religionslehrer einer bestimmten Glaubensrichtung staatlich zu bezahlen und in den Schulen eine Plattform zu geben.
- Verträge die in der monarchistischen und/oder besetzten Zeit durch Fremde Mächte bestimmten Gesellschaftsschichten Vorteile verschaffte, und angeordnet wurden, kann nicht die gesamte Volksgemeinschaft zu belasten. Die Artikel 138 und 140 GG werden ersatzlos getrichen

III.

### Im Ausland lebende Staatsbürger

die in die Sozialgemeinschaft des Staates nicht einzahlen verlieren nach 10 Jahren die Staatsbürgerschaft. Ebenso wird ein Staatsbürger, der die Gemeinschaft durch Steuerbetrug (ab 1 Million Euro) oder durch Bestechung oder einer anderen Straftat die die Gemeinschaft erheblich schädigt und sich Vorteile verschafft, alle Rechte eines Staatsbürgers für eine bestimmte Zeit aberkannt. Hier sollte die zeitweise Aussetzung der Staatsbürgerschaft möglich sein, sodass er wie ein Ausländer das Aufenthaltsrecht beantragen muss.

#### Begründung

Jeder kann nach zehn Jahren die Staatsbürgerschaft seines Dauerwohnsitzes annehmen. Es kann nicht sein, dass Bürger, die sich aus egoistischen Gründen von der Solidargemeinschaft Staat verabschiedet haben ein Rückkehrrecht mit allen Rechten, zu Lasten der inländischen Mitbürger erhalten.

Bürger, die die Solidargemeinschaft erheblich schädigen, müssen begreifen lernen, dass es ein hohes Gut ist und egoistische Interessen zurückstehen müssen.

IV.

### Wirtschaftsberatungsunternehmen

die eine Gewinnmaximierung durch freistellen von Arbeitnehmern und Forderung nach höheren Leistungen der AN als Hauptaufgabe ihrer Beratung ansehen, werden verboten. Eine Freistellung oder Mehrbelastung des AN darf höchstens 10% der Einsparung ausmachen.

#### Begründung

Wenn eine Wirtschaftsberatung sich bei Kosteneinsparungen in einem Unternehmen überwiegend auf Stellenabbau und Leistungssteigerung der AN setzt und der Druck auf die Mitarbeiter sich dadurch erhöht, wird seinen Aufgaben nicht gerecht und schädigt das Gemeinwesen.

V.

### Gewinne eines Unternehmen

die sich aus Erträge des Inlandmarktes ergeben werden mit 40% Abgaben belastet, wenn das Unternehmen diese Gewinne im Ausland, auch EU-Länder investieren und dadurch Arbeitsplätze im Inland eingespart oder ins Ausland verlagert werden.

#### Begründung

Wenn ein Unternehmen die Erträge, eventuell auch durch Subventionen erreicht, Investitionen zu Lasten der Gemeinschaft außer Landes investiert schädigt die Solidargemeinschaft Staat. Eine Abschöpfung der Gewinne wird dadurch erforderlich.

Gewinne eines Unternehmens oder einer Person, dass in Deutschland tätig ist und Umsätze daraus erzielt, ist für diesen Umsatz steurepflichtig in Deutschland.

VI.

### Bußgelder aus Verkehrsdelikten

werden von Kreisen, Länder oder Bund in einen regionalen Topf gegeben. Hieraus werden soziale, kulturelle und sportliche Veranstaltungen regional gefördert. Für die Unterhaltung und Durchführung von Verkehrsüberwachung bleiben Kommunen, Kreisen, Länder und Bund verpflichtet.

#### Begründung

Es soll dazu dienen, dass tatsächliche Verkehrssicherheitsmaßnahmen Ursache der Verkehrsüberwachung ist und nicht wegen einer Haushaltskonsolidierung.

## VII.

### Das Netz der Sozialkassen

Wird der Leistungsbereich verändert wenn politische und gesetzliche Veränderungen die Sozialkassen belasten, werden diese Kosten aus Steuermitteln zu 100% in die Sozialkassen abgeführt.

Z.B.

.- Anrechnung von Erziehungsjahren der Kinder, Müttergeld, etc.

- Beträge angelehnt an die Beiträge die der Sozialhilfe Empfänger, wenn er unschuldig in die Lage gekommen ist, eingezahlt hätte.
- Alle Staatsbedienstete zahlen in die Sozialkassen ein.
- Alle Einkommensteuerpflichtige zahlen in die Sozialkassen ein, Obergrenzen werden gestrichen.
- Abgeordneten werden nur Altersbezüge angerechnet, die sie für die Jahre der Tätigkeit erworben haben, analog zu den Berechnungen der bestehenden Sozialkassen.
- Übergangsgelder nach Beendigung ihrer Abgeordneten Tätigkeit werden wie im Arbeitslosengeld berechnet und gewährt.
- Bei Nebentätigkeiten die mehr als 10% ihrer durchschnittlichen Arbeitszeit als Abgeordneter beinhalten wird 50% von den Abgeordneten Bezügen einbehalten.
- Tätigkeiten in Unternehmen, die eine Beschäftigung nach der Beendigung seiner Abgeordnetenzzeit nachweislich als Lobbyistentätigkeit nachzuweisen ist wird bis 4 Jahre nach Beendigung als Abgeordneter untersagt.

Die sogenannten Hartzgesetze und Verordnungen werden abgeschafft und gegebenenfalls durch menschenwürdige ersetzt.

#### **Begründung**

Es geht nicht an, dass Arbeitnehmer durch ihre erarbeiteten sozialen Beiträge Nachteile erlangen, wenn Gesetze die durch eine Partei wohlfähiges politisches Klientel begünstigte diese Entscheidung hauptsächlich tragen.

Alle Gesetze und Verordnungen, die das erarbeitete Eigentum der AN schmälert muss durch Steueraufkommen ersetzt werden. Abgeordnete die ihre Vollzeitaufgaben nicht gerecht werden und zusätzlich bezahlte Nebentätigkeiten nachgehen ist es nur gerecht die Abgeordnetengehälter zu kürzen. Die bestehenden Sozialgesetze sind nicht gemeinschaftsförderlich.

## VIII.

### Produktions- und Handelsfirmen

haben gemäß ihrem Warendurchsatz eine Lagerhaltung von mindestens 4 Wochen vorzuweisen. Näheres regelt eine Verordnung.

#### **Begründung**

Es geht nicht an, dass Unternehmen für ihre Gewinnmaximierung ihre Lager auf die Strasse verlagern und dadurch unsägliche Kosten und Gefahren der Gesamtbevölkerung zumuten.

Der LKW -Verkehr auf den Strassen und die hohe Verkehrs- und Kostenbelastung soll damit verringert werden

## XV.

### Die Verteilung von Steuern an Länder, Kommunen und Kreisen

wird neu geregelt. Leistungen, die die Bundesregierung veranlasst haben werden grundsätzlich vom Bund getragen

#### **Begründung**

Leistungen der Länder, Kreise und Gemeinden wurden immer weiter erhöht, ein Ausgleich aus Steuermitteln verringert und durch Erhöhung von Gebühren nur unzureichend ausgeglichen.

## XVI

### Kreditaufnahmen der Kommunen, Kreise, Länder und Bund

ist nur über die Staatsbanken möglich. Die Ausgabe von Staatsobligationen wird von den Staatsbanken durchgeführt. Das Erwerben oder Handeln mit Risikoanleihen wird staatlichen Unternehmen, Kommunen, Kreisen, Ländern und Bund untersagt.

#### Begründung

Es soll die Kontrolle von Überschuldungen verbessern und die Spekulationen von Geldinstituten reduzieren.

## XVII.

### Die Rettung von Geldinstituten, die leichtfertig, grobfahrlässig

oder vorsätzlich in die Insolvenz abgleiten wird den Staats- und anderen öffentlichen Geldinstituten, Staatsregierung oder anderen staatlichen Institutionen untersagt.

#### Begründung

Steuerzahler sollen nicht mehr durch politische Entscheidung mit in die Haftung genommen werden, Spekulationen von Geldinstituten muß eingeschränkt werden.

## XVIII

### Anleger haften für ihre eigenen Spekulationseinlagen

die mehr als 2% Rendite über den Basiszinssatz der Staatsbank versprechen.

Die Vorstände der Geldinstitute haften mit ihrem Privatvermögen, wenn ihre Entgelte oder Teile der Entgelte an Umsätze der Institute gebunden sind. Eine Sicherheitsleistung von 30% ihres Jahresentgeltes ist bei den Staatsbanken für den Basiszinssatz der EZB oder Staatsbank zu hinterlegen. Bei nachweislichen Vorsatz oder Grobfahrlässigkeit wird eine zusätzliche Gefängnisstrafe von mindestens 5 Jahren erhoben. Die Kosten für den Gefängnisaufenthalt trägt der Verurteilte.

#### Begründung

Es soll die Spekulationen reduzieren und Anleger ,Geldinstituten und deren Führung in die Verantwortung nehmen. Der Bankberater muß wissen, dass er haftbar gemacht wird, wenn er Kunden aus Eigensucht betrügt.

## IX

### Speditionsunternehmen im Fernverkehr

haben ihre Transportfahrzeuge so zu beladen, dass bei Fahrtantritt im Umkreis von 100 km mindestens 2/3 der zugelassenen Tonnage, bzw. Ladungsraum erreicht wird. Bei Rückfahrten mindesten 1/2 der zugelassenen Tonnage, bzw. Ladungsraum.

Näheres regelt eine Verordnung

#### Begründung

Es ist nicht verständlich, dass 40to. mit einer Palette Güter quer durch Deutschland kurven. Der LKW -Verkehr auf den Strassen und die hohe Verkehrs- und Kostenbelastung soll damit verringert werden

## X.

### Speditionen haben einen Parkraum

für mindesten 2/3 ihre Fahrzeuge auf nicht öffentlichen Grund nachzuweisen.

#### Begründung

Jede Gaststätte muss Parkplätze ausweisen, Jedes sonstige Unternehmen mit einen Fahrzeugpark wird dazu verpflichtet.

XI.

### Bei Fahrzeitüberschreitung

von mehr als 60 Minuten erhält auch das Speditionsunternehmen ein Bußgeld. Bei mehr als 3 Bußgelder wird die Konzession wegen Unzuverlässigkeit eingezogen. Der Fahrer wird der Entzug des Führerschein Klasse 2, bzw. C, CE, T für mindestens 3 Jahre, bzw. erhält ein Untersagen der Fahrerlaubnis von 10 Jahren im Güter- und Personenfernverkehr.

#### Begründung

Der Druck auf die Fahrer, die von dem Unternehmen eng gesetzte Termine einzuhalten kann nur durch eine erhebliche Bestrafung der Unternehmen geändert werden.

XII.

### Ausländische Fahrzeuge werden an den Grenzen

mindesten auf Verkehrssicherheit und Zuladung, gemäß der deutschen Gesetze überprüft, bei Mängel wird ein übertreten der Grenze untersagt. Es sind alle in Deutschland vorgeschriebenen Papiere mitzuführen.

Näheres regelt eine Verordnung.

#### Begründung

Es kann nicht sein, dass aus dem Ausland LKWs mit erheblichen Mängeln einreisen dürfen und den Verkehr gefährden können und nur durch Zufall aus den Straßenverkehr entfernt werden.

Die Kontrolle von Inländische LKWs wird auch dadurch erleichtert.

XIII

### Der Führerschein der Klassen C, CE, T

Setzen eine Mindestfahrpraxis von 3 Jahren der Klasse 3, B, BE, C1, C1E voraus.

Als Berufskraftfahrer zusätzlich eine 2 jährige Lehre.

#### Begründung

Das soziale Verhalten und das soziale geistige Verhalten der heutigen Jugend ist sinkend.

Die Bildung vieler Jungen Erwachsenen, die den Beruf als Kraftfahrer anstreben ist gering. Daher ist es nötig den Reifeprozess für das Fahren eines LKWs zu verlängern.

XIV.

### Das Maudsystem wird auf Effektivität überprüft,

ggf. verändert oder durch ein einfaches und effektives System ersetzt.

#### Begründung

Das bestehende System ist kostenintensiv und ineffektiv.

XIV.

### Auf börsennotierte Aktien und anderen Wertpapieren

wird eine Grundsteuer erhoben (angeglichen an die Umsatzsteuer) des 1. Ausgabewertes und auf den Gewinn bei Verkauf erhoben. Für andere Wertpapiere 4% des Verkaufswertes. Es gilt für alle in Deutschland gehandelten Papiere.

#### Begründung

Warum wird auf anderer Waren Umsatzsteuer erhoben, auf Geld aber nicht. Auch Wertpapiere sind Waren. Es soll die Spekulationen reduzieren und Anleger und Geldinstituten in die Verantwortung nehmen.

XVI.

### Die Bundesrepublik wird neu geordnet

- 4 Bundesländer

\* Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Meklenburg-Vorpommern

\* Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Hessen, Thüringen

\*, Rheinland-Pfalz, Saarland, Nordrhein-Westfalen

\* Baden- Würthemberg, Sachsen, Bayern

- 100 Kreise

- 10.000 Gemeinden

Bei der Neuordnung der Länder, Kreise und Gemeinden haben die Bürger ein Mitspracherecht, wie der Zusammenschluss erfolgen soll.  
Da keine grundsätzlichen Rechte dadurch beschnitten werden ist eine Volksabstimmung nicht erlaubt.

**Begründung**

Es kann doch nicht sein, dass in Europa ein Zusammenschluss erfolgen soll und in Deutschland wird die Kleinstaaterei weiter praktiziert. Außerdem können Gesetze effektiver und schneller in Kraft treten, und Kosten erhebliche verringert werden.

## Neuordnung - Deutschland



XVII.

### Die Mitgliedschaft in der EU

wird neu überdacht und durch eine Volksabstimmung entschieden.

Alle Gesetze und Verordnungen die einen gravierenden Einschnitt in die Rechte der Bürger beinhalten sind durch eine Volksabstimmung zu bestätigen.

Betroffen müssen mindestens 30% der deutschen Staatsbürger sein.

Näheres regelt eine Verordnung.

#### **Begründung**

Die Mitgliedschaft in der EU hat eine Verordnungsflut hervorgebracht. Das Europäische Parlament ist ineffektiv und teuer. Außerdem ist das zustande kommen der Verordnungen gegen die Verfassung.

In der Verfassung ist das Recht zur Erhebung von Gesetzen der Legislative, also dem Parlament übertragen.

Wahlen in den Ländern und der Bundesrepublik sind von den Wahlberechtigten grundsätzliche Pflicht. Eine Begründung der Wahlverweigerung muß schriftlich beantragt werden. Bei unbegründeten fernbleiben wird ein Wahlgeld von 1% seines Einkommens erhoben, jedoch mindestens 100 Euro.

#### **Begründung**

Als Wahlberechtigter der Bundesrepublik Deutschland haben Staatsbürger Rechte, dieses schließt aber auch eine Pflicht gegenüber dem Gemeinwesen ein, Bei einem Wahlrecht muß auch eine Wahlpflicht gegenüberstehen.

XVIII.

### Schutz der Zivilcourage

Das Recht der Verteidigung seines oder anderer Menschen bei Diebstahl, Raub, Einbruch, Vandalismus, Vergewaltigung, Schutz von Leib und Leben ist den Bürgern mit allen Mitteln erlaubt. Es kommt nicht auf die Höhe des Schadens an.

Ein Strafverfahren wegen Überreaktion oder falschen Mitteln wird abgeschafft.

Die Verhinderung einer Straftat hat oberste Priorität.

#### **Begründung**

Jeder Bürger muss das Recht haben sich, sein Eigentum oder das anderer zuschützen. Jeder der eine Straftat in diesen Bereich begeht muss wissen, das ihn sein Tun auch das Leben kosten kann. Zivilcourage muss einen hohen Schutz durch die Gemeinschaft erhalten.

XIIIIV.

### Das Strafbarkeitsalter von Jugendlichen

wird auf 6 Jahre herabgesetzt.

Bei Versagen der erzieherischen Aufgaben der Eltern sind diese mit in Haftung zu nehmen. Bei Schäden an Dritte haften die Erziehungsberechtigten von Geburt an.

#### **Begründung**

Es muss verhindert werden, dass die Verfolgung einer Straftat nur wegen Strafunmündigkeit eingestellt wird. Haftung von Strafunmündigkeit muss dann auf die gesetzlichen Erziehungsberechtigte übergehen. Es darf nicht sein, dass ein Strafenmündiger Schäden verursachen kann und der Geschädigte bleibt auf seine Kosten sitzen. Eltern können dafür Versicherungen abschließen.

XX.

### Die Grundversorgung von Lebensmittel, Energie, Wasser und sauberer Luft

ist Aufgabe des Staates. Nicht vermehrbare Güter müssen Eigentum der Gemeinschaft bleiben. Nutzungsrechte können vergeben werden.

Näheres regelt eine Verordnung

#### **Begründung**

Die Bereitstellung von Grundbedürfnissen dürfen nicht dem Eigennutz Einzelner dienen.

XXI.

Aufgaben, die die Bürger gravierend betreffen

sind Aufgabe der Bundesregierung und Parlament.

- Schulsystem und Lerninhalte
- Sicherheit Innen und Außerhalb der Grenzen
- Umweltschutz
- Zahlungsmittel
- Verkehrswesen
- Justiz, Gerichtsbarkeit
- Verteidigung
- Grundversorgung
- Gesundheitswesen

**Begründung**

Aufgaben die die gesamte Gemeinschaft betreffen müssen zentral über den Bundestag entschieden werden. Die Durchführung von Aufgaben kann an Länder beauftragt werden. Die Kosten trägt der Bund.

XXVI.

Der Bundesrechnungshof, bzw. die Landesrechnungshöfe

sind mit Stimme in die Haushaltsplanung, Bau- und Investitionsmaßnahmen einzubinden. Abgeordnete, Minister und Bundeskanzler haften wie im Vereinsrecht mit ihren Privatvermögen bei Grobfahrlässigkeit oder Vorsatz.

**Begründung**

Das unabhängige Kontrollorgan muss mit Stimme im Vorfeld gehört werden, um Steuerverschwendungen frühzeitig zu verhindern. Unsinnige oder nicht durchdachte Investitionen können dadurch minimiert werden.

XXII.

Der Gegenwart des im Umlauf befindlichen gedruckten Geldes

wird innerhalb von 10 Jahren wieder ein Gegenwart in Gold, Silber, Platin, Diamanten, oder gleichwertige, nicht vermehrbare Werte angelegt. Der Wechselkurs des Geldes entspricht dem Marktwert des Gegenwertes. Hierzu wird ein Währungsschnitt errechnet. Z.B 50% des Börsenwertes.

Virtuelles Geld mit 20% des Nennwertes.

**Begründung**

Die Bereitstellung von imaginären Zahlungsmitteln müssen kontrollierbar werden.

Finanzmärkten muss die Möglichkeit genommen werden indirekt (Buchmäßig) Zahlungsmittel herzustellen Und der Staat hat keine Zugriff bzw. Steuerungsgewalt darauf.

XXIII.

Die deutsche Amtssprache

wird als schützenswertes Gut in die Verfassung aufgenommen.

Die innerbetriebliche Umgangssprache wird von der Betriebsleitung unter Einbindung des Betriebsrates festgelegt.

**Begründung**

Sprache ist ein hohes kulturelles Gut. Um die kulturelle Verarmung einer Gemeinschaft entgegen zu wirken muss es möglich werden, das die Volksgemeinschaft dagegen einwirken kann..

XXIV.

Parteienfinanzierung

wird über ein Bundesgesetz geregelt. Spenden sind steuerlich nur 10% der Spendensumme von der Est. oder Betriebsvermögensteuer absetzbar und werden zu 90% bei der Parteienfinanzierung angerechnet.

**Begründung**

Um die bis ans kriminelle gehende Lobbyisten in die Schranken zu weisen muss es für Parteien unattraktiv werden, aus Vorteilnahme diese zu bedienen.



XXV.

Alle in Deutschland tätigen Personen, Firmen, Vereinen und Konzerne unterliegen dem deutschen Recht. Auch wenn die Zentralen im Ausland liegen. Steuern und Abgaben sind entsprechend ihrer Umsätze in Deutschland abzuführen. Näheres regelt eine Verordnung.

**Begründung**

Es geht nicht an, dass Infrastruktur und andere Vorteile genutzt, aber Steuern im Ausland gezahlt werden,

XXVI.

Die in Deutschland lebenden und/oder arbeitenden Bürger sind Entgelte für Ihre Arbeit zu bezahlen, bei einem monatlichen Stundendurchschnitt von 160 Std. der mindestens 30 % über die staatlich halbjährlich festgelegte Armutsgrenze liegt. Mehrstunden sind entsprechend zusätzlich zu entgelten.

Grundlage sind 2 Erwachsene und ein Kind. Näheres regelt eine Verordnung.

**Begründung**

Es geht nicht an, dass Menschen die Vollzeit arbeiten nicht von den Gehältern existieren können und staatliche Hilfen dadurch versteckte Subventionen an Firmen erhält.

Es kann nicht sein, dass im Rentenalter diese Menschen staatliche Zuschüsse benötigen.

XXVII

Weitergabe von Daten

Die Weitergabe von Daten an Dritte bedarf der Zustimmung des Betroffenen.

Datenweitergabe durch Finanzämter an nicht staatsverpflichtende Institutionen wird untersagt. Der Austausch von Daten an andere staatliche Geheimdienste bedarf der Zustimmung der gewählten Parlamente. Die Behörde Verfassungsschutz der Länder wird aufgehoben.

**Begründung**

Es geht nicht an, dass z.B. die IHK Umsätze eines Betriebes durch das Finanzamt erfährt, damit die Beiträge errechnet werden können.

Bankdaten von Firmen und Privatpersonen an fremde Geheimdienste usw gegeben werden..

XXVIII Zwangsmitgliedschaften zu Berufsverbänden

wird abgeschafft. Qualifikationen zur Ausübung einer Tätigkeit wird in die Aufsicht des Staates gelegt. Eine Beauftragung der Prüfung einer Befähigung kann übertragen werden.

**Begründung**

Es geht nicht an, dass einen Berufsverband die alleinige Macht ohne Prüfung übertragen wird und dadurch willkürlich Normen festgelegt werden können.

Freihandelsabkommen mit anderen Staaten

Mit Ausnahme der EU werden Freihandelsabkommen überprüft und ggf. aufgehoben.

**Begründung**

Abkommen, die nur ein Teil der Bevölkerung Vorteile verschafft ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Es muß erkennbar sein, das kein Bürger des Staates davon Nachteile hat.

Normen und Gesetze des Staates haben Vorrang.

XXVIII Verfassung/Grundgesetz

Verstöße gegen das Grundgesetz, die nicht durch andere Gesetze geahndet werden, sind strafbar. Die Mindeststrafe sind Bußgelder.

Näheres regelt eine Verordnung.

**Begründung**

Es geht nicht an, dass Menschen gegen das höchste Gesetz in Deutschland verstoßen kann ohne dafür bestraft zu werden z.B. die Spendenaffäre Kohl.

### XXX. Sicherheit

Die Tätigkeit von Bundeswehr, Bundespolizei im Ausland darf nur humanistischen Zwecken dienen und dürfen nicht bei Ursachen, die durch Kriege und Putsche, in denen befreundete Staaten verwickelt sind durchgeführt werden. Das Parlament hat mit 2/3 der gewählten Abgeordneten dieses zu genehmigen. Ein Volksentscheid hat ein Vetorecht..